Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident: Klimaschutz-Sofortprogramm führt zu Kostenexplosion im Wohnungsbau

Berlin, 04.06.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen weist eindringlich auf die immensen Kosten des geplanten Klimaschutz-Sofortprogramms der Bundesregierung im Gebäudesektor hin: „Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Aber die geplanten Maßnahmen werden zu einem drastischen Anstieg der Kosten beim Bau und der Sanierung von Wohnungen führen. Die geplanten Förderungen reichen nicht aus, die Kostenexplosion abzufedern“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.

„Klimaschutz muss wirtschaftlich tragfähig bleiben, damit die Maßnahmen durchgeführt werden können und es nicht zu sozialen Verwerfungen kommt. Wohnen soll und muss für die Menschen in unserem Land bezahlbar bleiben. Für mehr energetische Sanierungen braucht es deshalb gezielte Anreize und nicht noch höhere Standards für Neubau und Bestand“, so Ibel weiter. „Dem Wirtschaftlichkeitsgebot muss weiter gefolgt werden. Eine einseitige Belastung der Immobilienwirtschaft würgt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ab. Die ambitionierten Ziele beim Klimaschutz rücken damit in weite Ferne“, sagte der BFW-Präsident. Ibel fügte hinzu: „Wenn Wohnungen nicht mehr wirtschaftlich gebaut und vermietet werden können, bleibt nur noch der Staat als Vermieter über. Das ist dann Planwirtschaft im Öko-Sozialismus“.

Ibel fordert von der Politik differenzierte Lösungsansätze für den Klimaschutz im Gebäudesektor: „Klimaneutrale Energie muss kostengünstig und einfach umsetzbar in die Gebäude kommen. Dafür braucht es den Quartiersansatz und echte Sektorkopplung. Wir müssen weg von der Betrachtung einzelner Häuser und wir brauchen weiterhin Technologieoffenheit“. Dieses findet sich aber im nun diskutierten Sofortprogramm Klimaschutz nicht wieder. „Deshalb ist es wichtig, dass auch Erfahrungen aus der Praxis gehört und Verbände am Klimaschutz beteiligt werden. Wenn wir ernsthaft etwas erreichen wollen, dann muss Schluss sein mit der Politik, die einseitig zulasten der mittelständischen Immobilienunternehmen geht“, erklärte der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.